Nr. 164.2025
16. Dezember 2025

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

AG Kultur und Medien

Pressefreiheit ist unverzichtbar – Deutsche Welle verdient unsere Solidarität

Martin Rabanus, *kultur- und medienpolitischer Sprecher:*

Die SPD-Bundestagsfraktion kritisiert die Entscheidung der russischen Generalstaatsanwaltschaft, die Deutsche Welle als „unerwünschte Organisation“ einzustufen. Dieser Schritt ist ein schwerwiegendes Signal für die Einschränkung von Presse- und Meinungsfreiheit in Russland.

„Unabhängige Medien sind ein Grundpfeiler jeder offenen Gesellschaft. Die Deutsche Welle leistet seit Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zur internationalen Informationsfreiheit. Wir erwarten, dass internationale Verpflichtungen zum Schutz der Pressefreiheit respektiert werden.

Seit März 2022 wird die Deutsche Welle in Russland als ‚ausländischer Agent‘ geführt. Mit der aktuellen Einstufung drohen russischen Bürgerinnen und Bürgern nun sogar harte Strafen für den Kontakt zu DW-Journalisten. Darunter kann bereits das Teilen von Videos oder Texten in sozialen Netzwerken fallen. Die SPD-Bundestagsfraktion sieht darin eine besorgniserregende Entwicklung, die den Austausch von Informationen weiter erschwert.

Die SPD-Bundestagsfraktion ruft die Bundesregierung und die Europäische Union dazu auf, sich weiter für die Arbeit unabhängiger Medien einzusetzen und den Schutz von Journalistinnen und Journalisten weltweit zu stärken. Wir stehen solidarisch an der Seite der Deutschen Welle und aller Medienschaffenden, die sich für freie Berichterstattung engagieren.“

Impressum

Nr. 164.2025 / 16. Dezember 2025

Herausgeber: Katja Mast
Redaktion: Dominik Dicken

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag